



Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss

STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Gestärkt aus der Pandemie hervorgehen

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen

Erste Lehren aus der COVID-19-Pandemie

[COM(2021) 380 final]

SOC/700

Berichterstatter: **Tomasz Andrzej WRÓBLEWSKI**

Mitberichterstatter: **Ákos TOPOLÁNSZKY**

www.eesc.europa.eu

DE



www.eesc.europa.eu/facebook



www.eesc.europa.eu/twitter



www.eesc.europa.eu/linkedin



www.eesc.europa.eu/instagram

Befassung	Kommission, 10/08/2021
Rechtsgrundlage	Artikel 304 AEUV
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Annahme in der Fachgruppe	24/11/2021
Verabschiedung im Plenum	08/12/2021
Plenartagung Nr.	565
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	204/1/8

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Bemühungen der Europäischen Union und ihrer Organe, die Entwicklungen während der Pandemie kontinuierlich zu bewerten, sowohl im Hinblick auf die beispiellose Belastung der Gesundheitssysteme als auch auf die Auswirkungen auf die Europäische Union insgesamt.
- 1.2 Die Europäische Kommission nennt zehn wichtige Lehren aus der Pandemie, erwähnt aber zum Bedauern des EWSA nur am Rande, dass sich die Krise unterschiedlich auf die einzelnen Teile der Gesellschaft ausgewirkt und die schwächsten Gruppen sowie kleine und mittlere Unternehmen am härtesten getroffen hat. In den Empfehlungen muss kritisch geprüft werden, was in allen Bereichen bisher getan wurde, was gut funktioniert und wo noch Verbesserungsbedarf besteht. Zudem muss geprüft werden, wie die Probleme des altbekannten Arbeitskräftemangels, der Engpässe in den Lieferketten und der rasch steigenden Energiepreise angegangen werden können, die eine Rückkehr zu normal funktionierenden Gesellschaften und Wirtschaften erschweren.
- 1.3 Der EWSA weist darauf hin, dass Instrumente und Pläne benötigt werden, die bei einer Krise auf EU-Ebene rasch aktiviert und eingesetzt werden können. Der EWSA begrüßt die Pläne der Europäischen Union, einen Rahmen für einen Pandemie-Notstand der EU und Standards für die Krisenreaktion zu schaffen. Der EWSA fordert ein hohes Maß an Koordinierung und Transparenz bei allen Verfahren, insbesondere wenn von den öffentlichen Verwaltungen auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene unverzügliches Handeln und schnelle Entscheidungen gefordert sind.
- 1.4 COVID-19 hat bestehende Ungleichheiten in Bezug auf die gesundheitliche Situation verschärft, da schwächere Gruppen dem Virus ungleich stärker ausgesetzt waren. Der EWSA weist darauf hin, dass Programme erforderlich sind, um den Zugang zu Prävention und rehabilitativer Versorgung auch während einer Gesundheitskrise zu gewährleisten. Daher sollten die Vorkehrungen für künftige Pandemien so abgestuft werden, dass das Funktionieren der Primärversorgung nicht beeinträchtigt wird, damit größere gesundheitliche Einschränkungen in solchen Situationen in der Gesellschaft vermieden werden.
- 1.5 Der EWSA ist der Auffassung, dass die EU weiterhin kohärent und global auf die Krise reagieren sollte, insbesondere durch COVAX und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie neue Arzneimittel und Therapien, und die globalen Strukturen für Gesundheitssicherheit stärken und unterstützen sollte. Dazu gehört auch die Stärkung der Rolle der EU in der Weltgesundheitsorganisation.
- 1.6 Die COVID-19-Pandemie hat den übergreifenden Charakter von Krisen und ihre Auswirkungen auf alle Teile der Gesellschaft deutlich gemacht. Diesbezüglich ist es besonders wichtig, die Sozialsysteme angemessen und inklusiver zu gestalten, um denjenigen zu helfen, die ausgegrenzt sind und unter besonders schwierigen Umständen leben.

- 1.7 Auf der Grundlage mehrerer Stellungnahmen¹ und der Säule sozialer Rechte unterstützt der EWSA Maßnahmen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen unter Achtung europäischer Werte wie Würde und fairem Wettbewerb sowie für eine Aufwärtskonvergenz im Bereich der Gesundheits- und Sozialsysteme.
- 1.8 Während der Pandemie haben wir erlebt, wie die europäische Ebene und der Staat in beispiellosem Ausmaß und vollkommen zu Recht Maßnahmen ergriffen hat, um sowohl einzelne Unternehmen als auch Einzelpersonen zu unterstützen. Der EWSA unterstreicht, dass es wichtig ist, mittel- und langfristig von Sofortmaßnahmen zu produktiven Investitionen für eine inklusive und nachhaltige Erholung überzugehen, auch um die Gefahr zu vermeiden, dass die Finanz- und Geldpolitik mit einem hohen Inflationsrisiko verbunden ist, was zu einer Stagflation führen kann.
- 1.9 Der EWSA begrüßt die Bemühungen der Europäischen Kommission, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO) und der Expertengruppe Medienkompetenz nationale Kampagnen zur Medienkompetenz zu unterstützen und so einen weiteren Beitrag zur Bekämpfung von Desinformation auch gegen Impfungen zu leisten, die zu unbegründeten Ängsten und ernsthaftem Schaden führen.
- 1.10 Der Ausschuss befürwortet Bemühungen zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und zur Stärkung Europas in internationalen Institutionen. Der EWSA weist darauf hin, dass jede Schwächung der Position und der Mitarbeit Europas in internationalen Organisationen Drittstaaten Möglichkeiten eröffnet, in einer Weise zu handeln, die den Werten, für die die Europäische Union steht, zuwiderläuft.

2. **Allgemeine Bemerkungen**

- 2.1 Anfang 2020 traten infolge der COVID-19-Pandemie einige der bestehenden Probleme des Gesundheitssektors, zahlreicher Staaten und EU-Organe sowie einiger Wirtschaftszweige deutlich zutage. All dies hat die Krise verschärft und das soziale Ungleichgewicht vergrößert.
- 2.2 Der Ausschuss begrüßt die Bemühungen der Europäischen Union und ihrer Organe, die Entwicklungen während der Pandemie kontinuierlich zu bewerten, sowohl im Hinblick auf die beispiellose Belastung der Gesundheitssysteme als auch auf die Auswirkungen auf die Europäische Union insgesamt. Der Ausschuss betont, dass diese Periode auch als Stresstest für das demokratische und einheitliche Funktionieren der EU gesehen werden sollte.
- 2.3 Der EWSA ist sich des Kraftakts bewusst, den die EU-Organe bei der Koordinierung der Impfstoffbereitstellung, die nationalen Institutionen durch ihr Angebot von Sozialleistungen und Unterstützungsprogrammen sowie die Unternehmen unternommen haben, die alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um ihre Beschäftigten und ihren Betrieb zu schützen, und die Herausforderung einer raschen Normalisierung der Beschäftigung und der Versorgung mit wichtigen Produkten gemeistert haben. Gleichzeitig ist festzustellen, dass noch viel getan werden muss, um vollständige Stabilität und Ausgewogenheit auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

¹ [ABL C 13 vom 15.1.2016, S. 40](#), [ABL C 14 vom 15.1.2020, S. 1](#).

- 2.4 Der EWSA betont, dass die erste und wichtigste Lehre darin besteht, dass wir insbesondere in Zeiten regionaler und/oder supranationaler Pandemien auf europäischer Ebene zusammenarbeiten müssen, um gemeinsame Instrumente zu finden, um nicht nur auf die gesundheitliche Notlage zu reagieren, sondern auch um den Notstand zu bewältigen und den Übergang zu einer raschen, zugleich aber inklusiven und nachhaltigen Erholung zu begleiten. Der Ausschuss hebt den positiven Ansatz der EU-Institutionen hervor, die im Geiste der Solidarität und auf der Grundlage gemeinsamer Interessen neue und innovative Finanzinstrumente beschlossen haben.
- 2.5 Das schlimmstmögliche Szenario wäre, wenn vor der vollständigen Stabilisierung der Lage eine weitere Krise ausbrechen würde. Für die Europäische Kommission hat deshalb Priorität, heute Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitssysteme für die Zukunft zu ergreifen. Der EWSA unterstützt dieses Vorgehen und hält es für notwendig, die Lehren kritisch zu prüfen und das Krisenmanagement in der Europäischen Union zu verbessern.
- 2.6 Die Europäische Kommission nennt zehn wichtige Lehren aus der Pandemie, erwähnt aber nur am Rande, dass sich die Krise unterschiedlich auf die einzelnen Teile der Gesellschaft ausgewirkt und die schwächsten Gruppen sowie kleine und mittlere Unternehmen am härtesten getroffen hat. In den Empfehlungen muss kritisch geprüft werden, was bisher getan wurde, was gut funktioniert und wo noch Verbesserungsbedarf besteht.
- 2.7 Jetzt, da wir die Krise allmählich hinter uns lassen, erweist sich auch der Arbeitskräftemangel in systemrelevanten Tätigkeiten für geringqualifizierte Beschäftigte als großes Problem. Die Krise hat zudem unsere Anfälligkeit für die Unterbrechung der globalen Lieferketten und die Notwendigkeit offenbart, die Strategien der Industrie in Bezug auf die Herstellung wesentlicher Produkte zu überdenken.

3. **Krisenmanagement**

- 3.1 Der EWSA begrüßt die Pläne der Europäischen Union, einen Rahmen für einen Pandemie-Notstand der EU und Standards für die Krisenreaktion zu schaffen. Der EWSA begrüßt die laufenden Bemühungen zur Überwachung und Überprüfung des Krisenmanagements sowie die entsprechenden Investitionen. Er unterstützt auch die Pläne der Kommission, einen jährlichen Bericht zum Stand der Vorsorge zu erstellen.
- 3.2 Der EWSA weist darauf hin, dass Instrumente und Pläne benötigt werden, die bei einer Krise auf EU-Ebene rasch aktiviert und eingesetzt werden können. Die Instrumente auf nationaler Ebene sollten einander ergänzen und den Staaten eine Reaktion ermöglichen, die von ihrem Umfang her der in dem jeweiligen Gebiet festgestellten Krisensituation angemessen ist.
- 3.3 Der EWSA betont, wie wichtig es ist, den Grundsatz einer wirksamen und bedarfsorientierten Solidarität in globalen Krisensituationen ernst zu nehmen.
- 3.4 Der EWSA weist darauf hin, dass die ersten Reaktionen der Institutionen nicht immer angemessen waren, was teilweise auf die mangelnde Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten zurückzuführen ist. Trotz anfänglicher Kritik an der Impfstrategie der EU sind die Vorteile gemeinsamen Handelns heute besser erkennbar. Auf diesen Erfahrungen muss aufgebaut werden, um die Reaktion der EU auf künftige Krisen zu verbessern.

- 3.5 Der EWSA weist darauf hin, dass gemeinsame europäische Normen für die Erhebung und Standardisierung statistischer Daten festgelegt werden müssen, vor allem im Gesundheitsbereich. Außerdem müssen die bisher in den einzelnen Bereichen angewandten statistischen Methoden untersucht werden, was für angemessene faktengestützte Entscheidungsprozesse in der Zukunft wichtig ist.

Der EWSA stellt fest, dass es beim Ausbruch der Pandemie anhaltende Mängel bei der professionellen und vertrauenswürdigen Beratung und beim Zugang zu epidemiologischer Forschung gab. Daher muss professionelles epidemiologisches Fachwissen auf EU-Ebene koordiniert und gebündelt werden. Der Ausschuss unterstützt die Ernennung eines leitenden europäischen Epidemiologen, der in beratender Funktion den Entscheidungsprozess auf europäischer und nationaler Ebene unterstützen wird.

4. **Gesundheitsschutz**

- 4.1 COVID-19 hat bestehende Ungleichheiten in Bezug auf die gesundheitliche Situation verschärft, da schwächere Gruppen dem Virus ungleich stärker ausgesetzt waren. Bestehende Krisenreaktionssysteme wie das Frühwarn- und Reaktionssystem der Europäischen Union (EWRs), das System für den Austausch von Informationen über Epidemien EPIS (Epidemic Intelligence Information System) und das Europäische Überwachungssystem (TESSy) müssen überprüft und effizienter gestaltet werden. Das System sollte so angelegt sein, dass Geringverdienende, chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderungen, Menschen, die in extremer Armut leben, sowie ältere Menschen, die in Pflegeheimen leben, Unterstützung erhalten. Der EWSA weist darauf hin, dass in ein gutes öffentliches Gesundheitssystem investiert werden muss, das im Sinne von Grundsatz 16 der europäischen Säule sozialer Rechte eine bezahlbare Gesundheitsvorsorge bieten und allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen sollte, und dass die private Gesundheitsversorgung, die eine ergänzende Rolle spielt und auch während der Pandemie von entscheidender Bedeutung war, soweit sie zur öffentlichen Gesundheitsversorgung beiträgt, unterstützt werden muss.
- 4.2 Unter Bekräftigung der Schlussfolgerungen der EWSA-Stellungnahme zum Programm EU4Health² äußert der EWSA weitere Ansichten zu den ersten Lehren der COVID-19-Krise im Gesundheitsbereich.
- 4.3 Während der Pandemie haben sich die Mitgliedstaaten auf Notfallmaßnahmen konzentriert, die oft zu Lasten der Gesundheitsvorsorge und der rehabilitativen Versorgung gingen. Der EWSA weist darauf hin, dass Programme erforderlich sind, um den Zugang zu Prävention und rehabilitativer Versorgung auch während einer Gesundheitskrise zu gewährleisten. Daher sollten die Vorkehrungen für künftige Pandemien so abgestuft werden, dass das Funktionieren der Primärversorgung nur minimal beeinträchtigt wird, damit größere gesundheitliche Einschränkungen in solchen Situationen in der Gesellschaft vermieden werden.

² [ABl. C 429 vom 11.12.2020, S. 251.](#)

- 4.4 Die im November 2020 angenommene Arzneimittelstrategie für Europa zielt darauf ab, den Rechtsrahmen zu modernisieren und die Arzneimittelforschung und -technologie zu unterstützen. Der EWSA weist darauf hin, dass die Kapazitäten der nationalen Gesundheitssysteme durch die aktive Einbeziehung von Apotheken, die der breiten Öffentlichkeit im Rahmen der pharmazeutischen Versorgung offenstehen, gestärkt werden können.
- 4.5 Die Pandemie hat den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen offengelegt. Der EWSA bekräftigt, dass besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals gelegt werden sollte, darunter Entlohnung, Bildung, Umschulung und Weiterbildung, Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen, um die höchstmöglichen Sicherheitsstandards zu gewährleisten und den Angehörigen aller Berufe, auch im Gesundheitswesen, die Möglichkeit zu geben, in der gesamten EU zu leben, sich frei zu bewegen und zu arbeiten.³ Da 76 % der Beschäftigten im Gesundheitswesen und 84 % des Krankenpflegepersonals in der EU Frauen sind, ist ein Wandel der Geschlechterrollen erforderlich, um Hindernisse für den Zugang zu Vollzeitbeschäftigung aus dem Weg zu räumen, das geschlechtsspezifische Lohngefälle abzubauen, Fachkräfte im Beruf zu halten und den Zugang zu beruflicher Weiterbildung und zu Führungspositionen zu fördern. Es sollten besondere Verfahren entwickelt werden, um in kritischen Situationen die rasche und sichere Einstellung von medizinischem Personal aus Ländern außerhalb der Europäischen Union zu ermöglichen.
- 4.6 In Bezug auf den strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021–2027 begrüßt der EWSA die nachdrückliche Empfehlung der Europäischen Kommission an die Mitgliedstaaten, COVID-19 als Berufskrankheit anzuerkennen, betont jedoch, dass die Empfehlung überarbeitet werden muss, um alle Beschäftigten, die einem Infektionsrisiko ohne angemessenen Schutz ausgesetzt sind, einschließlich mobiler Arbeitnehmer und Wanderarbeitnehmer sowie Saisonarbeitskräfte in unsicheren Arbeitsplätzen und unhygienischen Unterkünften, einzubeziehen.
- 4.7 Der EWSA wird außerdem die Verwirklichung der Europäischen Gesundheitsunion genau beobachten und empfiehlt, den Zusammenhang zwischen Tiergesundheit und menschlicher Gesundheit zu berücksichtigen. Diese Zusammenarbeit macht auch deutlich, dass aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters von Pandemien nur ein einheitliches, gut koordiniertes Vorgehen auf der Grundlage gemeinsamer Anerkennung wirksam und erfolgreich sein kann.
- 4.8 Der Ansatz für klinische Prüfungen in Europa war während der COVID-19-Pandemie fragmentiert und unkoordiniert. Der EWSA macht darauf aufmerksam, dass die Verfahren und Prozesse für klinische Prüfungen, insbesondere die Tests neuer Arzneimittel für wirksame und zugängliche Therapeutika, durch einen gesamteuropäischen Ansatz rationeller gestaltet werden können. Eine groß angelegte europäische Plattform für klinische Prüfungen kann hier eine Lösung sein.

³ [ABl. C 286 vom 16.7.2021, S. 109.](#)

- 4.9 Wissenschaftliche Forschungen und Anwesenheitsstatistiken im Gesundheitswesen zeigen, dass die COVID-19-Krise die psychische Belastung erheblich erhöhen kann, wodurch wiederum psychosomatische Erkrankungen verstärkt auftreten können. Dieses neue Phänomen in Bezug auf die Morbidität sowie die bislang noch nicht hinreichend erforschten Langzeitfolgen von COVID-19, also Long COVID, müssen in den Gesundheitssystemen aller EU-Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.
- 4.10 Für Europa haben in Bezug auf Pandemien Vorbeugung, Vorsorge und Reaktion oberste Priorität. Der EWSA ist der Auffassung, dass die EU weiterhin kohärent und global auf die Krise reagieren sollte, insbesondere durch COVAX und neue Arzneimittel und Therapien, und die globalen Strukturen für Gesundheitssicherheit stärken und unterstützen sollte. Auf diese Weise muss auch die Rolle der EU in der Weltgesundheitsorganisation gestärkt werden. Um auf den dringenden Bedarf insbesondere der Entwicklungsländer zu reagieren, fordert der EWSA die Europäische Kommission diesbezüglich auf, eine offene Debatte auf europäischer Ebene über eine vorübergehende freiwillige Aussetzung des TRIPS-Übereinkommens anzustoßen, die für COVID-19-Impfstoffe, -Behandlungen und -Tests gelten würde, um die Impfstoffproduktion weltweit hochzufahren und eine Senkung der Kosten zu ermöglichen, um den Zugang für Menschen in der ganzen Welt zu gewährleisten.
- 4.11 Mit Blick auf die in der Kommissionsmitteilung genannten ersten Lehren zum Thema Gesundheit vermisst der EWSA schmerzlich die Feststellung, dass die verfügbaren Maßnahmen und Dienste für den Umgang mit der Belastung der Gesundheitssysteme ungleich verteilt sind und schutzbedürftige Gruppen dabei nicht im Fokus standen, auch wenn dies erforderlich gewesen wäre. So hat sich die COVID-19-Krise in vielfacher Hinsicht verstärkt. Der gleichberechtigte Zugang zu und die Verfügbarkeit von Diensten sollte nicht nur ein Bewertungskriterium sein, sondern kann Leben retten.

5. Soziale und gesellschaftliche Aspekte

- 5.1 2021 haben sich die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in ganz Europa verschärft, insbesondere infolge der alarmierenden Zunahme der Gewalt gegen Frauen, die mit der COVID-19-Pandemie einhergeht. Der Lockdown und Isolation haben den Tätern in die Hände gespielt und die Opfer durch Zwang ihrer Kontrolle ausgesetzt. So sind Frauen und Mädchen Opfer von körperlicher, psychischer und sexueller Gewalt geworden, gleichzeitig war der Zugang zu Unterstützungsleistungen für Opfer eingeschränkt, was als „Schattenpandemie“ bezeichnet wird. Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, einen umfassenden Rahmen zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen aus feministischer, geschlechtersensibler und intersektionaler Perspektive anzunehmen, um sicherzustellen, dass im Falle einer künftigen Gesundheitskrise eine Schattenpandemie verhindert wird.
- 5.2 In seiner Entschließung vom 9. Juni 2021⁴ wies der Ausschuss darauf hin, dass aufgrund der derzeitigen pandemiebedingten Lage in Europa Armut und Ungleichheit zunehmen. Die Ressourcen sollten deshalb dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, Armut und Ausgrenzung zu verringern und Unternehmergeist zu fördern.

⁴ Beitrag des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Arbeitsprogramm 2022 der Europäischen Kommission auf der Grundlage der Arbeit der Ad-hoc-Gruppe „Beitrag des EWSA zum Arbeitsprogramm 2022 der Kommission“.

- 5.3 Die COVID-19-Pandemie hat den übergreifenden Charakter von Krisen und ihre Auswirkungen auf alle Teile der Gesellschaft deutlich gemacht. Diesbezüglich ist es besonders wichtig, die Sozialsysteme angemessen und inklusiver zu gestalten, um denjenigen zu helfen, die ausgegrenzt sind und unter besonders schwierigen Umständen leben.
- 5.4 Der EWSA stellt ferner mit Bedauern fest, dass die nationalen Regierungen die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft nur unzureichend an der Ausarbeitung ihrer nationalen Aufbau- und Resilienzpläne beteiligt und ihre Beiträge nicht ausreichend berücksichtigt haben. Der EWSA fordert, die Konsultation der Zivilgesellschaft verpflichtend zu machen.
- 5.5 Der EWSA unterstreicht, dass ein soziales, nachhaltiges und wettbewerbsfähiges Europa Priorität haben sollte, wobei auch neue, über das BIP hinausreichende Indikatoren für den wirtschaftlichen Fortschritt in Erwägung gezogen werden sollten (z. B. Lebensqualität, ökologische Nachhaltigkeit, sozialer Zusammenhalt, Gesundheitsversorgung und das allgemeine Wohlergehen heutiger und künftiger Generationen).
- 5.6 Der Ausschuss fordert die Kommission nachdrücklich auf, sich auf die Grundrechte, insbesondere mit Blick auf das sozioökonomische Wohlergehen, zu konzentrieren. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Rechten, der Würde und dem Wohlergehen von Menschen gelten, die während der COVID-19-Pandemie sowie unmittelbar nach der Krise eventuell unter gesellschaftlicher Ausgrenzung oder Diskriminierung zu leiden hatten.

6. **Wirtschaft und Finanzen**

- 6.1 Während der Pandemie haben wir erlebt, wie die europäische Ebene und der Staat in beispiellosem Ausmaß und vollkommen zu Recht Maßnahmen ergriffen haben, um sowohl einzelne Unternehmen als auch Einzelpersonen finanziell zu unterstützen. Der EWSA unterstreicht, dass es wichtig ist, mittel- und langfristige von Sofortmaßnahmen zu produktiven Investitionen für eine inklusive und nachhaltige Erholung überzugehen, auch um die Gefahr zu vermeiden, dass die Finanz- und Geldpolitik mit einem hohen Inflationsrisiko verbunden ist, was zu einer Stagflation führen kann.
- 6.2 Der EWSA weist darauf hin, dass bei allen neuen Steuerreformen sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene die Struktur der Volkswirtschaften, die Solidität der lokalen Unternehmen und insbesondere die Lage der Menschen, die sich infolge der Krise in einer schwierigen Lage befinden, berücksichtigt werden müssen. Hierbei ist zu beachten, dass die wirtschaftliche Lage der Betriebe und Bürger, die vom plötzlichen Anstieg der Energiepreise betroffen sind, analysiert werden muss.
- 6.3 Der EWSA teilt die Auffassung, dass neue Haushaltsregeln und Ausgabenvorschriften die Mitgliedstaaten dabei unterstützen sollten, u. a. in Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation, Gesundheit und öffentliche Infrastruktur, echte und wirksame Investitionen in Humankapital sowie in die Effizienz der Verwaltungen zu investieren.

6.4 Der EWSA fordert die Kommission auf, befristete Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Schaffung von Vollzeitbeschäftigung und zur Unterstützung der durch die Krise betroffenen Wirtschaft im Hinblick auf wettbewerbspolitische Grundsätze für staatliche Beihilfen zu erleichtern und Modelle für öffentlich-private Partnerschaften und ähnliche Lösungen zu entwickeln, um die Risiken in der gesamten Gesellschaft, also auch die Risiken für private Akteure, in außerordentlichen Krisensituationen zu begrenzen.

7. Gesellschaft und Technologie

7.1 Der Ausschuss macht auf das sich abzeichnende und größer werdende Bildungsgefälle bei den Bürgerinnen und Bürgern in der Europäischen Union aufmerksam. Die jüngeren Generationen hatten unter den Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie ergriffen wurden, stark zu leiden. Weder die Mitgliedstaaten noch die EU-Institutionen gehen dieses Problem aktiv an oder widmen sich dem Reformbedarf der Bildungssysteme. Bisher wurden keine systematischen Aufbau- oder Rettungspläne vorgelegt. Allerdings weist der Ausschuss darauf hin, dass Weiterbildung und Umschulung von entscheidender Bedeutung für die Bildung und Entwicklung der Menschen in der Zukunft und digitale Tools ein wesentlicher Bestandteil jedes künftigen Bildungsmodells sein werden.

7.2 Die Gewährleistung eines umfassenden und solidarischen Zugangs zu digitalen Diensten ist auch wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)⁵ betont zu Recht, dass der Weg zu einem stärkeren Zusammenhalt in den Gesellschaften in Europa durch Maßnahmen sichergestellt werden kann, die auf die wirtschaftliche und soziale Integration der Bürger ausgerichtet sind und mehr Gewicht auf digitale Kompetenzen legen.

7.3 Der EWSA begrüßt die Bemühungen der Europäischen Kommission, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO) und der Expertengruppe Medienkompetenz nationale Kampagnen zur Medienkompetenz zu unterstützen und so einen weiteren Beitrag zur Bekämpfung von Desinformation und zur Stärkung der Resilienz der Gesellschaft gegen gefälschte Inhalte und Desinformation gegen Impfungen zu leisten, die zu unbegründeten Ängsten und ernsthaftem Schaden führen. Der EWSA ruft ferner dazu auf, die Kriseninformation als beste Gegenmaßnahme gegen Desinformation zu stärken.

7.4 Die COVID-19-Pandemie macht deutlich, wie wichtig es ist, Schulungen in medizinischen Schlüsselbereichen wie der Intensivmedizin zu planen, um für Notfälle gerüstet zu sein. Außerdem wird deutlich, wie wichtig die Übertragbarkeit von Kompetenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten in Notlagen ist. Die Verfahren für die befristete Abordnung und Mobilität von medizinischem Personal zwischen den Mitgliedstaaten sowie die Verfahren für die Einstellung von medizinischem Personal aus Drittländern in solchen Situationen sollten vereinfacht werden.

⁵ Eurofound (2018), Social cohesion and well-being in Europe (Soziale Kohäsion und Wohlbefinden in Europa), Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

8. Internationale Beziehungen und demokratische Normen

- 8.1 Der EWSA stellt fest, dass die Pandemie Gesellschaften und Unternehmen weltweit beeinträchtigt und die schon zuvor zunehmenden geopolitischen Rivalitäten verschärft hat.
- 8.2 Der Ausschuss befürwortet Bemühungen zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und zur Stärkung Europas in internationalen Institutionen. Der EWSA weist darauf hin, dass jede Schwächung der Position und der Mitarbeit Europas in internationalen Organisationen Drittstaaten Möglichkeiten eröffnet, in einer Weise zu handeln, die den Werten, für die die Europäische Union steht, zuwiderläuft. Insbesondere müssen sorgfältig alle Hindernisse analysiert werden, die der Wahrung der Grundwerte der EU und der Freiheiten des Binnenmarkts im Wege stehen.
- 8.3 Der EWSA weist darauf hin, dass die COVID-19-Pandemie häufig als Vorwand genutzt wurde, um Rechte einzuschränken und demokratische Normen zu untergraben. Die Regierungen haben die Krise auch genutzt, um ihre eigenen kurzfristigen politischen Interessen zu verfolgen. Der EWSA betont, dass für die Bewältigung und Überwindung der Pandemie erforderlichen rechtlichen Entscheidungen in keiner Weise die Achtung der Grundrechte und demokratischen Werte beeinträchtigen dürfen.
- 8.4 Der EWSA unterstreicht nachdrücklich die Notwendigkeit einer verantwortungsvollen, faktengestützten Politikgestaltung und wissenschaftlich fundierter Fakten sowie der Priorisierung von Maßnahmen zum Schutz von Gesundheit und Leben. Gleichzeitig müssen während einer Pandemie oder einer sonstigen Krise die Grundrechte und demokratischen Werte sorgsam gewahrt und dürfen nicht eingeschränkt werden.
- 8.5 In Bezug auf den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr bekräftigt der Ausschuss, dass die Vereinheitlichung von Reiseprotokollen für Einzelpersonen und Unternehmen unterstützt werden muss, um ein hohes Maß an Vertrauen und einheitliche Regeln in der gesamten Union im Einklang mit den Grundsätzen des Binnenmarkts aufrechtzuerhalten. Die Regeln müssen in allen Ländern klar, praktikabel und möglichst einheitlich sein.

Brüssel, den 8. Dezember 2021

Christa Schweng
Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
